

zu 10 mündliche Anfragen

Urteil Landesverfassungsgericht zum Verteilerschlüssel kreisfreie Städte

Auf Nachfrage von Herrn Weihrich führte Herr Geier aus, dass die kreisfreien Städte im Rahmen einer Anhörung im Landtag des Finanz- und Innenausschusses die Gelegenheit haben werden, ihre Positionen zu vertreten. Die Argumentation sei die gleiche wie beim Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt. Zur Einlegung einer Verfassungsbeschwerde sei eine Beantwortung auf die Stadtratsanfrage kurz vor der Fertigstellung. Herr Geier wies darauf hin, dass Klagen gegen unterschiedliche Fassungen des FAG von anderen Kommunen eingereicht wurden. Der Finanzbedarf der Stadt Halle (Saale) wurde ermittelt und liege bei 30 Mio. € mehr pro Jahr. In diese Richtung müsse der Verteilungsschlüssel zugunsten der Stadt Halle verändert werden.

Personalbericht

Frau Nagel fragte zu

Seite 27 – Ausschreibungen ohne Bewerber - welche Stellen, welche Vergütung?

Seite 28 – 87 Austritte – welche Dezernate, welche Vergütung

Seite 28 – externe Einstellungen nach interner Ausschreibung – welche Stellen, welche Vergütung?

Städtebaufördermittel

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch führte Herr Stäglin aus, dass bereits informiert wurde, dass ein großer Anteil von Städtebaufördermitteln erst gegen Ende des Jahres 2012 beantragt werde. Am 18. Oktober 2012 werde zu dieser Thematik eine Beratung mit dem Land stattfinden. Eine Beantwortung einer Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Stadtratssitzung am 24. Oktober 2012 wurde erarbeitet und wird vorgelegt.

Schwimmballen der Stadt Halle (Saale)

Herr Misch führte aus, dass im Bäderbeirat diskutiert wurde, dass für die Schwimmbahnen neue Benutzungspreise erhoben werden sollen. Die Vereine signalisierten, dass diese für sie nicht finanzierbar seien. Daraufhin wurde der Stadtwerkekonzern gebeten zu prüfen, ob eine Subventionierung des Fehlbetrages übernommen werden könne. In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, dass im städtischen Haushalt ein Zuschuss für Halle-Pass-Inhaber in 2011 in Höhe von 14 T € und im Jahr 2012 in Höhe von 18 T € enthalten sei. Die Bäder GmbH führte aus, keinen Ausgleich von der Stadt erhalten zu haben. gab Herr Misch bekannt, dass in der Bäder GmbH in 2011 Einnahmeausfälle in Höhe von 14 T€ und per 31.07.2012 von 18 T€ eingetreten seien. Für diese Ausfälle habe die Bäder GmbH keinen finanziellen Ausgleich erhalten.

Die Stadt wurde um eine schriftliche Stellungnahme gebeten.